

RAYMOND POIDEVIN

Robert Schumans
Deutschland- und Europapolitik
zwischen Tradition und Neuorientierung



VERLAG ERNST VÖGEL · MÜNCHEN 82

1976

*Robert Schumans Deutschland- und Europapolitik zwischen Tradition
und Neuorientierung**

Am 9. Mai 1975 jährt sich zum 25. Mal jener Tag, an dem der damalige französische Außenminister Robert Schuman den Plan einer europäischen Montan-Union verkündete. Die Erinnerung an dieses historische Datum ist Grund genug, sich dem außenpolitischen Wirken jenes Mannes zuzuwenden, den viele als einen der Väter der europäischen Einigung ansehen. Aber scheint es nicht etwas vermessen zu sein, von Robert Schuman sprechen zu wollen, wo doch so viele seiner Schüler und Zeitgenossen mit größerer Kompetenz das Werk des Mannes vor Augen führen könnten?

Ich werde dieses Thema als Historiker behandeln: in dem Bemühen, die zugänglichen Quellen, die Augenzeugenberichte und die einschlägige Literatur heranzuziehen, aber auch einen Teil seines Nachlasses, mit dessen Durchsicht ich begonnen habe. Es ist schwierig, im Rahmen eines Vortrages alle neuen Elemente anzuführen. Ich werde mich daher darauf beschränken, hier und da eine Bresche zu schlagen in die Thesen allzu lobrednerischer Hagiographen und mancher Politiker.

Als Historiker möchte ich zunächst sorgfältig den Gegenstand unserer Untersuchung abgrenzen: wir werden die Außenpolitik Robert Schumans ausschließlich vom Zeitpunkt seiner Ernennung zum Außenminister am 27. Juli 1948 bis zu seiner berühmt gewordenen Erklärung vom 9. Mai 1950 untersuchen; das sind also nicht ganz zwei Jahre, die aber reich an Peripetien sind und in denen wir den Übergang von einer traditionellen Politik zu einer außergewöhnlichen Öffnung der französischen Außenpolitik feststellen werden.

Dieser 62 Jahre alte Mann, den die MRP als Nachfolger Bidaults im Quai d'Orsay durchgesetzt hatte, schien zugegebenermaßen nicht vom Format eines Delcassé oder Briand zu sein. Dieser bescheidene, unauffällige, verschlossene und besonnene Mann, dieser Lothringer schien nichts aufzuweisen, was die hohen Beamten des Quai d'Orsay hätte begeistern können. Sie verhehlten kaum ihre Verachtung für den „kleinen Provinzadvokaten“, der zwar ein Fachmann in Finanzfragen geworden war, aber auf dem Gebiet der internationalen Politik keine spezielle Kompetenz aufzuweisen

* Text eines Augsburger Universitätsvortrags, der am 24. April 1975 im Oberen Fletz des Augsburger Rathauses gehalten wurde. Die Vortragsform ist für den Druck im wesentlichen beibehalten, die Anmerkungen bleiben im Hinblick auf eine geplante größere Publikation, die diese historische Skizze ausweitet, auf einige Hinweise beschränkt. — Die Übertragung des französischen Manuskripts besorgte Wiss. Ass. Peter Nett.

schien. Er war 1946/47 Finanzminister gewesen¹, bevor er vom 22. November 1947 bis zum 19. Juli 1948 als *Président du Conseil* amtierte, ein Ministerpräsident, den schwierige innenpolitische Aufgaben in Anspruch nahmen und der die außenpolitischen Probleme seinem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Georges Bidault, überließ. Schuman schien nicht der Mann zu sein, den die Schwierigkeiten der internationalen Lage erforderten.

Versuchen wir nun, mit ihm die Akten durchzugehen, die ihm Georges Bidault bei seiner Amtsübergabe auf dem Schreibtisch zurückgelassen hat.

Zunächst fand Robert Schuman eine Reihe von vertraglichen Verpflichtungen vor. Mindestens vier von ihnen konnten seiner Politik hinderlich bzw. förderlich sein: der französisch-sowjetische Pakt von 1944, die französisch-britische Allianz von 1947, der Vertrag von Brüssel aus dem Jahre 1948 und der Marshall-Plan ebenfalls von 1948.

Der französisch-sowjetische Pakt, der am 10. Dezember 1944 als Resultat der Moskareise de Gaulles unterzeichnet worden war, stellte einen Bündnisvertrag und einen gegenseitigen Beistandspakt dar. Vier von acht Artikeln enthielten Verpflichtungen, die gegen Deutschland gerichtet waren und insbesondere vorsahen, gegen letzteres „alle Maßnahmen zu ergreifen“, die sich als notwendig erwiesen, um jede neue Bedrohung auszuschließen. Artikel 5 präziserte zusätzlich, daß die zwei Partner „sich verpflichten, kein Bündnis einzugehen und an keiner Koalition teilzunehmen, die gegen einen der beiden gerichtet ist.“

Die am 4. März 1947 in Dünkirchen abgeschlossene französisch-britische Allianz widmete ebenfalls die Hälfte der Artikel² dem Deutschlandproblem. Um zu verhindern, daß Deutschland „wieder eine Gefahr für den Frieden“ werde, wollten die vertragsschließenden Parteien alle notwendigen Maßnahmen ergreifen. Im Falle eines Angriffs von deutscher Seite versprachen sie sich unverzügliche gegenseitige Hilfe.

Der am 12. März 1948 unterzeichnete Brüsseler Pakt gründete die Westeuropäische Union und verpflichtete für den Fall einer Aggression inner-

¹ In den Kabinetten Bidault und Ramadier. In der Vorkriegszeit war er in der Finanzkommission der Deputiertenkammer. Über Robert Schuman vgl. das gut informierte Werk von *Rochefort, R.*: Robert Schuman, Paris 1968 und *Hostiou, R.*: Robert Schuman et l'Europe, Paris 1968.

² Drei von insgesamt sechs.

halb Europas die fünf Partner — Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten — zu gegenseitigem Beistand.³

Einen Monat vor dem Einzug R. Schumans in den Quai d'Orsay, wurde das französisch-amerikanische Abkommen unterzeichnet, das Frankreich die Hilfe des Marshall-Planes zusicherte, jedoch gleichzeitig den amerikanischen Einfluß auf Frankreich verstärkte.⁴

Aufgrund dieser Sachlage war Robert Schuman gezwungen, einer Reihe von Verpflichtungen, manchmal sogar widersprüchlichen Verpflichtungen nachzukommen; Frankreich schien in der Tat sich immer stärker in das westliche Lager zu integrieren, und dies trotz des französisch-sowjetischen Paktes von 1944.

Die aktuellsten, die brennendsten Probleme, die Robert Schuman angehen mußte, bezogen sich allerdings alle mehr oder weniger auf die deutsche Frage. Auf diesem Gebiet war noch die Tradition Poincarés lebendig, und Robert Schuman konnte nicht umhin, die in diesem Sinne von seinen Vorgängern vorgezeichneten Grundlinien zu respektieren, die von den hohen Beamten des Quai d'Orsay mit viel Nachdruck verteidigt wurden.

Für de Gaulle war in den Jahren 1944—45 das Problem eindeutig: Auflösung der Einheit des Reiches und Sonderstellung für die zwei „Schlüsselzonen“ Rheinland und Ruhrgebiet.⁵ Das vom Reich getrennte Rheinland sollte unter die politische und strategische Kontrolle Frankreichs, Englands, Belgiens und Hollands gestellt werden. Das Ruhrgebiet sollte einen internationalen Status erhalten und einen Großteil seiner Kohle den Nachbarn Deutschlands liefern, für die dieser Rohstoff vitale Bedeutung besaß. Nach der Demission des Generals im Januar 1946 setzte Georges Bidault kurze Zeit die harte Politik de Gaulles fort — trotz der kompromißbereiteren Haltung der französischen Sozialisten.⁶ Aber während bei den meisten führenden Politikern in Frankreich das alte antideutsche Sentiment dominierte, versuchten die angelsächsischen Politiker, die mehr die Folgen des Kalten Krieges ins Auge faßten, Westdeutschland als Trumpf in ihrem

³ Ein Militärausschuß wurde gegründet im Oktober 1948; Vorsitzender: Feldmarschall Montgomery, Oberbefehlshaber: General de Lattre de Tassigny. Man dachte bereits eher an einen Angriff der Sowjet-Union.

⁴ Abkommen von Washington vom 28. Juni 1948.

⁵ De Gaulle äußerte sich nochmals in gleichem Sinne vor der Londoner Konferenz am 10. September 1945 gegenüber dem Pariser Berichterstatter der „Times“.

⁶ De Gaulles Nachfolger als Präsident der Republik, der Sozialist Felix Gouin, nahm zu diesem Problem Stellung in Straßburg am 24. März 1946. Er forderte eine lange Besetzung und ein internationales Konsortium für die Ruhr, aber keine Trennung des Rheinlandes von Deutschland.

Kampf gegen den kommunistischen Block einzusetzen. Frankreich verharrte in seiner Intransigenz und geriet immer mehr in die Isolierung. Unter dem starken Druck von Washington und London, dem die französische Regierung seit Anfang 1947 ausgesetzt war, beschritt Paris den Weg der Konzession. Die Londoner Dreimächteverhandlungen vom Februar/März 1948 zeigten das Ausmaß der französischen Konzessionsbereitschaft: Paris akzeptierte sowohl eine politische Organisation Deutschlands mit einer „hinreichenden Zentralgewalt“ als auch eine ziemlich lockere internationale Kontrolle über das Ruhrgebiet. Bemerkenswert ist, daß der damalige Regierungschef Robert Schuman nicht die Vorstellung seines Außenministers Bidault teilte: Schuman war gegen solche Konzessionen. Am 18. April erklärte er in Poitiers: „Jeder Plan, der darauf hinausliefe, eine Zentralgewalt einzusetzen und zu autorisieren, würde für Deutschland die Versuchung — und für uns die stete und wachsende Gefahr — zunächst einer Revanche, dann eines kriegerischen Imperialismus bedeuten.“ Er erinnerte daran, daß er nichts von der Wiedererrichtung eines deutschen Reiches wissen wolle, und fügte hinzu: „Es gibt mehrere ‚Allemagnes‘, deren Ausgliederung und Organisation in selbständige Staaten zweckmäßig wäre.“

Einige Wochen später, im Juni 1948, legten die sogenannten Londoner Empfehlungen den zukünftigen Status Deutschlands fest: die Zweiteilung war Wirklichkeit geworden, die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung wurde vorgesehen. Die Reaktion darauf in Frankreich war äußerst heftig. Der Ministerrat billigte das Londoner Dokument erst nach einer stürmischen Diskussion: Außenminister Bidault wurde von seinen Kollegen René Mayer, Jules Moch und Pierre Pflimlin scharf kritisiert; doch Robert Schuman, über die innere und äußere Lage beunruhigt, stützte den Chef des Quai d'Orsay. Allerdings befürwortete er nicht die Londoner Empfehlungen und bedauerte sogar, daß Frankreich keine eigene Deutschlandpolitik besitze und sich „im Schlepptau der USA“ befinde. Die Nationalversammlung billigte mit nur 300 gegen 286 Stimmen die Londoner Empfehlungen. De Gaulle zog gegen diese Entscheidung der Regierung zu Felde — gegen die Errichtung eines „Reiches in Frankfurt“ und eines anderen in Leipzig, ohne daß bei der Größe der Risiken entsprechende Garantien für Frankreich gegeben seien.⁷ De Gaulle befürchtete für Frankreich einen Zustand der permanenten Gefahr, ohne daß Paris im Notfall auf die wirksame Hilfe irgendeiner Macht zählen könne. Der General malte die Gefahr einer deutschen Wiedervereinigung um „ein totalitäres, mit Leib und Seele an Sowjetrußland gebundenes Preußen“ an die Wand. Welche Chancen würden Frankreich gegenüber einem solchen großen Reich noch

⁷ Deklaration vom 9. Juni 1948.

verbleiben? Diese Reaktionen in unterschiedlichen Lagern waren Zeichen einer Beunruhigung und Sorge, die auch Robert Schuman teilte. Die explosive deutsche Frage bot im übrigen einen Hauptreibungspunkt für Deutsche und Franzosen im Problem des Saargebiets.⁸ Frankreich hatte zwar auf die politische Annexion verzichtet, wirtschaftlich jedoch das Saarland integriert.⁹ Im Dezember 1947 unterstützte Paris die Einsetzung einer ersten Saarregierung.¹⁰ Frankreich förderte den Wirtschaftsaufschwung, konnte aber nicht verhindern, daß sich im Saarland Enttäuschung ausbreitete, weil die erhoffte politische Autonomie angesichts der Politik des französischen Hochkommissars, Gilbert Grandval, zur Illusion zu werden schien. Eine Oppositionsbewegung, die vom Klerus, der deutschen Presse und von der SPD unterstützt wurde, griff das französische „Protektorat“ an und betont den deutschen Charakter der Saarbewohner.

Aber in dieser Jahresmitte 1948 hatte nicht allein das Deutschlandproblem höchste Aktualität: der Abschluß des Nordatlantikpaktes stand zur Debatte, und Europa harnte seiner Neugestaltung. Schuman konnte auch nicht die neu aufsteigenden Gewitterwolken am politischen Himmel ignorieren: namentlich die Frage der deutschen Wiederbewaffnung.

Alle diese Fragen ging Robert Schuman mit seiner immensen Arbeitskraft energisch an. Trat er dabei in die Fußstapfen der traditionellen französischen Politik oder beschritt er den Weg einer schöpferischen Neuorientierung? Welche Hindernisse drohten ihm auf seinem Weg und welche Trümpfe hielt er bei seinem Spiel in Händen?

Die Schwierigkeiten, denen Robert Schuman begegnete, waren beachtlich und stellten schwere Belastungen dar. Zunächst mußte er die Zurückhaltung der hohen Beamten des Quai d'Orsay überwinden, die ihm diplomatisches Ungeschick, Naivität und seine Religiosität zum Vorwurf machten; sie kritisierten auch eine gewisse Verschleierungstaktik¹¹ und hielten ihm eine zu große Nachgiebigkeit vor. Innerhalb der MRP, wo ihn viele für hinterlistig hielten, war er den Intrigen der Anhänger Bidaults ausgesetzt, von dem ihn tiefgehende Meinungsunterschiede trennten, wie sie bereits anläß-

⁸ Vgl. *Freymond, J.: Le conflit sarrois (1945—1955)*, Brüssel 1959.

⁹ Diese wirtschaftliche Integration machte keine große Freude in Lothringen; man wollte die Kohlenlieferungen der Ruhr nicht verlieren. Die Kommission für die wirtschaftliche Integration war im Januar 1947 gegründet worden (*Mission de coordination des Etudes pour le rattachement économique de la Sarre*), Vorsitzender: Michel Debré.

¹⁰ Wahlen für den Landtag: Oktober 1947. Erster Regierungschef: J. Hoffmann.

¹¹ „Man durchschaut nicht leicht, was er wirklich denkt“, schrieb Jacques Dumaine von seinem Minister.